

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachfolgend finden Sie die Antworten von Henriette Reker auf Ihre Wahlprüfsteine zur Oberbürgermeisterinnenwahl 2020.

Mit freundlichen Grüßen



Frederik Schorn

1. Weltweit engagieren sich Menschen dafür, die Gefahr der atomaren Vernichtung zu besiegen und die die Zukunft der Menschheit zu sichern. Die Stadt Köln ist seit 1985 Mitglied der „Mayors for Peace“, der Bürgermeister für den Frieden, und hat im März 2019 den Städteappell für den Beitritt der BRD zum 2017 beschlossenen Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen unterzeichnet.

Die Bundesregierung weigert sich dagegen weiterhin, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen, die Verteidigungsministerin will stattdessen Milliarden für die Anschaffung neuer atomwaffenfähiger Kampfflugzeuge ausgeben. Weiterhin sind US-Atomwaffen in Büchel, circa 100 Kilometer von Köln entfernt, gelagert.

Was wollen Sie unternehmen, um von Köln aus weiter für eine Welt ohne Atomwaffen zu wirken?

*Wollen Sie als Bürgermeister*in für den Frieden zusammen mit dem Stadtrat dafür eingreifen, dass die US-Atomwaffen aus Büchel abgezogen werden?*

AW: Den Städten kommt in der internationalen Völkerverständigung eine wichtige symbolische Rolle zu. Wie wir etwa an der Geschichte der Städtepartnerschaften ablesen können, sind sie der Ursprung der Internationalen Beziehungen. Wo die internationale Politik stockt, bringen Städte Bewegung. Sie sichern den Dialog. Ich werde mich als Oberbürgermeisterin weiter für eine kernwaffenfreie Welt einsetzen. Kernwaffen gehören nicht in unsere Welt – weder nach Büchel noch an irgendeinen anderen Ort der Welt. Mit Mandat des Stadtrates werde ich mich bei der Bundesregierung weiter für eine Friedenspolitik einsetzen, die auf beidseitige Abrüstung zielt.

Wahlbüro Henriette Reker
Frederik Schorn, Wahlkampfkoordinator
Große Budengasse 9, 50667 Köln
schorn@henriette-reker.de, 0173/17 53 043

2. Vertreterinnen und Vertreter aus unterschiedlichen Bereichen der Zivilgesellschaft haben den Appell „Abrüsten statt Aufrüsten“ initiiert, den mittlerweile über 170 000 Personen unterzeichnet haben. Darin heißt es unter anderem:

„Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunalen Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.“ (<https://abruesten.jetzt/>)

Wie beantworten sie den Widerspruch zwischen der weiterhin forcierten Steigerung der Militär- und Rüstungsausgaben und dem Erfordernis einer auskömmlichen Finanzierung kommunaler Daseinsvorsorge?

Sehen sie sich in der Verantwortung in dieser bundespolitischen Frage einzugreifen?

AW: Auch hier kommt der Stadt eine symbolische Rolle zu, die ich gerne weiter nutzen werde. Grundsätzlich stehe ich zu Westbindung und NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ich stehe auch dazu, dass wir die Vereinbarung, welche die CDU/SPD geführte Bundesregierung 2014 mit unseren Verbündeten eingegangen ist, erfüllen. Gleichwohl sehe ich angesichts der Herausforderungen der Coronakrise in der Tat dringenderen Bedarf an einer auskömmlichen Finanzierung der kommunalen Haushalte als an einer Steigerung des Wehretats.

3. Die Stadt Köln hat erneut die Patenschaft für die „Korvette Köln“ übernommen und knüpft damit an die kolonialen und militaristischen Traditionslinien von den Kriegsschiffen der Kaiserlichen Marine und der Wehrmacht mit den Namen „Köln“ bzw „Cöln“ sowie die damaligen expansiven Kriegsziele an.

Was halten sie davon, einen Bruch mit dieser militaristischen Tradition zu vollziehen, die Patenschaft für das Kriegsschiff zu beenden und stattdessen eine Patenschaft für ein Schiff der Seenotrettung zu übernehmen?

AW: Köln ist mit dem Heeresamt und weiteren Einrichtungen einer der größten Standorte der Bundeswehr in Deutschland. Wir können stolz sein auf den klaren Bruch mit der imperialistischen, rassistischen, antisemitischen und nationalsozialistischen Vergangenheit vor 1949. Die Bundeswehr

Wahlbüro Henriette Reker
Frederik Schorn, Wahlkampfkoordinator
Große Budengasse 9, 50667 Köln
schorn@henriette-reker.de, 0173/17 53 043

steht fest auf den Füßen des Grundgesetzes. Die Bundesmarine steht ausdrücklich nicht in der Tradition von Kaiserlicher Marine und nationalsozialistischer Kriegsmarine. Ich halte es daher für sinnvoll, wenn die Verankerung der Bundeswehr in der Mitte unserer Gesellschaft, als Teil unseres Rechtsstaats auch mit der Namensgebung von Schiffen deutlich wird. Der Bundesregierung bzw. der Bundeswehr sind Angriffskriege per Verfassung verboten. Wenn überhaupt werden diese Schiffe also zu Verteidigungs- oder humanitären Zwecken eingesetzt. Der Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff stehe ich grundsätzlich offen gegenüber.

4. Aufgrund von breiten Protesten hat die KölnMesse 2016 die künftige Vermietung von Messehallen an die Militär- und Rüstungsmesse „ITEC“ abgesagt. Weiterhin findet aber in Köln Werbung für die Bundeswehr unter anderem auf Plakatwänden im öffentlichen Raum, der Computerspielemesse „Gamescom“ sowie auf der Bildungsmesse „Didacta“ statt.

Dies ist auch vor dem Hintergrund problematisch, dass Deutschland zu der Minderheit von nur 46 Staaten gehört, in der Minderjährige für den Dienst an Waffe angeworben und rekrutiert werden.

Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes hat in seiner Empfehlung an Deutschland besorgt gezeigt über „verschiedene Werbekampagnen für die Streitkräfte, die insbesondere auf Kinder abzielen, sowie die Präsenz von Vertretern der Streitkräfte im schulischen Bereich, die mit Schülerinnen und Schülern sprechen und Aktivitäten organisieren“ und empfiehlt: „...dass der Vertragsstaat: a) das Mindestalter der Rekrutierung für die Streitkräfte auf 18 Jahre festlegt b) alle Formen von Werbekampagnen für die deutschen Streitkräfte, die auf Kinder abzielen, verbietet...“ (<https://www.tdh.de/fileadmin/>)

Die Plakatwerbung basiert auf Verträgen der Stadt Köln mit bspw. der Ströer-Gruppe und erfolgt oft im unmittelbaren Umfeld von Kinder- und Jugendeinrichtungen.

Wie stehen sie zur Rekrutierung Minderjähriger sowie der Beteiligung der Bundeswehr an der Gamescom und der Bildungsmesse „Didacta“ und was gedenken Sie zu tun, um den Empfehlungen des UN-Ausschusses gerecht zu werden?

AW: Die Rekrutierung Minderjähriger sehe ich durchaus problematisch, auch wenn ihr Anteil an der Gesamtzahl der neuen Rekruten mit 8% im vergangenen Jahr vergleichsweise gering war. Mit der Rückkehr zu G9 wird diese Zahl absehbar zudem deutlich sinken. Auch sind minderjährigen Rekruten der Dienst an der Waffe sowie Auslandseinsätze strikt verboten. Grundsätzlich müssen wir einer Freiwilligenarmee wie der Bundeswehr Möglichkeiten zur Information und Rekrutierung eröffnen. Dazu gehört auch, dass die freie Entscheidung von Berufsanfängern für eine Karriere in den Streitkräften generell zu ermöglichen ist.

Wahlbüro Henriette Reker
Frederik Schorn, Wahlkampfkoordinator
Große Budengasse 9, 50667 Köln
schorn@henriette-reker.de, 0173/17 53 043

5. Wie sollte die Stadt Köln darüber hinaus Abrüstung, Frieden und Völkerverständigung stärken?

AW: Unser stärkstes Instrument ist die Ermöglichung von direktem Kontakt zwischen den Menschen – vor allem zwischen Schulklassen aus verschiedenen Ländern. Ich möchte die Städtepartnerschaften ausbauen – auch im Hinblick auf Frieden und Völkerverständigung – und werde daher den internationalen Schüleraustausch zwischen Köln und seinen Partnerstädten stärken. Auch haben Sie in mir wie bisher eine entschiedene Streiterin für Abrüstung und internationale Verständigung sowie Solidarität.